

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

## **Wortprotokoll**

**über die**

**1. (konstituierende) Plenarsitzung  
der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 26. April 2001**

**(16.10 Uhr bis 20.53 Uhr)**

1. Eröffnung und Begrüßung durch die Oberbürgermeisterin (§ 56 HGO).....	1
Oberbürgermeisterin Petra Roth: .....	1
2. Feststellung der Alterspräsidentin/des Alterspräsidenten (§ 57 HGO) .....	1
Oberbürgermeisterin Petra Roth: .....	1
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit (§ 53 HGO) .....	2
Alterspräsident Heiner Halberstadt: .....	2
<b>4. Wahl der Stadtverordnetenvorsteherin/des Stadtverordnetenvorstehers (§ 57 HGO).....</b>	<b>4</b>
Alterspräsident Heiner Halberstadt: .....	4
Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann: .....	4
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>7</b>
5. Wahl des Präsidiums gemäß § 57 HGO in Verbindung mit § 2 der Hauptsatzung.....	9
a) vier Stellvertreterinnen/Stellvertreter	
b) fünf Beisitzerinnen/Beisitzer	
c) fünf Schriftführerinnen/Schriftführer	
6. Beschlussfassung über Einsprüche und über die Gültigkeit der Wahl vom 18.03.2001 gemäß § 26 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) in der Fassung vom 19.10.1992 (GVBl. I S. 582), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2000 (GVBl. I S. 542), in Verbindung mit § 57 der Kommunalwahlordnung (KWO) in der Fassung vom 26.03.2000 (GVBl. I S. 198).....	14
7. Einsprüche über die Gültigkeit der Wahl der Oberbürgermeisterin/ des Oberbürgermeisters vom 18.03.2001 und der Stichwahl vom 01.04.2001 gemäß §§ 49 und 50 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) in der Fassung vom 19.10.1992 (GVBl. S. 582), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2000 (GVBl. I S. 542), in Verbindung mit § 74 der Kommunalwahlordnung (KWO) vom 26.03.2000 (GVBl. I S. 198) .....	15
8. Sitzordnung der Stadtverordnetenversammlung für die XV. Wahlperiode.....	15
<u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 25.04.2001, NR 25	
Antrag der PDS/ÖkoLinX-ARL/E.L. vom 24.04.2001, NR 27	
Antrag der CDU/SPD/GRÜNEN/F.D.P. vom 25.04.2001, NR 35	
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	15
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS: .....	16
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	16

Würde möglich ist. Immer mehr Alleinstehende werden älter. Dies bedeutet, dass auch diese Frage für uns zu einer immer größeren Herausforderung wird.

Diese drei Punkte habe ich bewusst angesprochen, alles andere ungesagt gelassen. Ich meine, eine Gesellschaft wird daran gemessen, welche Chancen sie der Jugend gibt, wie sie mit ihren Familien und Kindern umgeht und wie sie mit ihren Alten umgeht. Dies sollten wir in den nächsten Jahren in unsere Arbeit mit einbinden.

Lassen Sie mich eine letzte Herausforderung, die mich umtreibt, hier erwähnen. Lassen Sie uns weiterhin dafür einstehen, dass in Frankfurt am Main Extremisten keine Chance haben.

(Beifall)

In unserer Stadt mit über 180 Nationalitäten ist dies ein hohes Gut. Rechtsextremismus, der vor allem in den neuen Bundesländern immer wieder für Schlagzeilen sorgt, darf es in Frankfurt nicht geben. Wir wollen weiterhin friedlich und in gegenseitiger Anerkennung und Achtung zusammenleben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem kurzen Beitrag beende ich meine Rede. Ich meine, wir sollten uns den Herausforderungen gemeinsam stellen, dann ist es mir um die Zukunft Frankfurts nicht bange.

Vielen Dank!

(Beifall)

#### **Alterspräsident Heiner Halberstadt:**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Bührmann, ich wünsche Ihnen allzeit einen kühlen Kopf und eine glückliche Hand und übergebe Ihnen hiermit die Sitzungsleitung.

#### **Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann:**

Meine Damen und Herren, es liegt eine Wortmeldung von Frau Stadtverordneter Ditfurth vor. Frau Stadtverordnete Ditfurth, Sie haben das Wort. Bitte schön!

#### **Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX- ARL:**

Einen schönen guten Tag!

Wir neuen Fraktionen stehen bis zum heutigen Tag - das sei nur einmal gesagt, falls irgendjemand das nicht mitbekommen haben sollte - auf der Straße und haben keine Arbeitsmöglichkeiten - bisher. Es hat sich offensichtlich mit Blick auf die Wahlrechtsänderung niemand Gedanken darüber gemacht, dass diese zur Folge haben könnte, dass hier mehr Fraktionen vertreten sein werden. Das heißt, wir haben schlechte Arbeitsbedingungen. Wir haben insgesamt - bis auf gute Erfahrungen mit dem Büro der Stadtverordnetenversammlung unter Herrn Collet - im Großen und Ganzen eher die Erfahrung einer strukturell unfreundlichen Begrüßung gemacht, was unsere Möglichkeiten der parlamentarischen Arbeit angeht. Dies leider als Dämpfer nach all den hehren Worten über die angeblich guten Absichten.

Zum Präsidium der Stadtverordnetenversammlung: Was sollte dieses Präsidium - gemessen an den bisherigen eigenen Ansprüchen dieses Stadtparlaments und gemessen am bürgerlich-demokratischen Ideal - sein? Eigentlich müsste ein Präsidium die Funktion haben, alle Fraktionen in diesem Haus zu repräsentieren. Alle müssten dort die Möglichkeit haben, über die Dinge, die anstehen, miteinander zu beraten, auch um Konflikte möglicherweise vorher zu regeln, es müsste also eine Repräsentanz des gesamten Hauses gegeben sein. Das ist nicht beabsichtigt. Ich habe eben - wie auch ein anderer Stadtverordneter - gegen Herrn Bührmann als Stadtverordnetenvorsteher gestimmt. Es war kein Votum gegen seine Person. Es war ein Votum, das von der Einschätzung ausging - ich bitte darum, korrigiert zu werden, wenn es eine falsche Annahme ist -, dass der designierte Stadtverordnetenvorsteher vorher wusste, was geplant war,

nämlich die Zusammensetzung des Präsidiums unter Ausschluss einiger der neuen Fraktionen.

Ich finde es legitim - damit auch darüber bitte keine Unklarheit herrscht -, dass die größte Fraktion den Stadtverordnetenvorsteher stellt. Aber ich möchte Herrn Bührmann jetzt nachträglich fragen: Was ist davon zu halten, welche Auffassung von Demokratie herrscht vor, wenn noch nicht einmal die demokratische Beteiligung aller Fraktionen im künftigen Präsidium gewährleistet sein soll? Es ist Fakt - und das ist vielleicht neu -, dass es erstmals seit 1985 - ich wähle das Datum absichtlich - hier im Römer wieder eine gesellschaftliche und links-alternative Opposition gibt, und prompt erleben wir, dass wir auf verschiedenen Ebenen aus den Gremien dieses Hauses herausgeworfen werden, dass die Strukturen so verändert werden, dass die bisherigen Spielregeln nicht mehr gelten, sondern jetzt ganz schnell neue gemacht werden, damit die Alten weitermachen wie bisher und möglichst die Ergebnisse des veränderten Wahlrechts ignorieren. Wir werden sehen - weil hier eben Proteste kamen -, dass dieser Rauswurf aus dem Präsidium und aus anderen Einrichtungen, etwa den Ausschüssen, unter anderem auch mit Stimmen der GRÜNEN geschehen wird, die ja einmal als Opposition - ich erinnere mich dunkel - vor etwa 20 Jahren in dieses Haus eingezogen sind und offensichtlich ihr politisches Gedächtnis vollständig verloren haben.

(Zurufe)

Wenn Sie sich jetzt schon aufregen, bekommen Sie irgendwann einen Herzinfarkt.

(Heiterkeit)

Ansonsten empfehle ich, Betablocker einzuwerfen, wenn es nötig ist.

(Zurufe)

Du meine Güte, so viel Temperament hätte ich Ihnen gar nicht zugetraut.

Die Strategie zur Ausschaltung aus einem Gremium des Parlaments, hier des Präsidiums, ist ausgerechnet die Ausschaltung derjenigen - das halte ich inhaltlich nicht für zufällig -, die ganz besonders Themen wie Ar-

mut und Obdachlosigkeit zum Thema machen werden, diejenigen, die es nicht akzeptieren, dass ein Drittel der städtischen Bevölkerung - außer in Alibigremien dieser Stadt - nicht repräsentiert wird, sondern im Gegenteil unter alltäglicher Diskriminierung zu leiden hat, nur weil diese Bürgerinnen und Bürger nicht genug deutsche Blutstropfen in den Adern haben. Mit uns würden Leute in Gremien kommen, die massiv ökologische Themen wie die Entfesselung des Autoverkehrs und die Erweiterung des Flughafens - nicht nur wegen des Lärms, sondern auch wegen der Funktion für Waffenexporte und für Abschiebungen - und viele andere Bereiche zum Thema machen.

(Zurufe)

Warum sind Sie denn alle so nervös und kribbelig? Wenn Sie jetzt schon zum Ende kommen wollen, können Sie künftig gleich wegbleiben.

Immer öfter kommen Linke wie ich in die merkwürdige Situation - und das ist etwas Neues in den vergangenen zehn, zwanzig Jahren - ...

Ich weiß nicht, ob Herr Bührmann seine Kollegen jetzt zur Mäßigung auffordern möchte. Ich wollte ihm durch mein kurzes Schweigen die Gelegenheit dazu geben. Noch nicht? Gut. Dann kommt das wahrscheinlich noch.

Ich finde es ziemlich interessant, dass ich als Linke immer öfter in der Situation bin, bürgerliche, demokratische Werte und Ideale gegen diejenigen zu verteidigen, die von den Erfolgen der bürgerlichen Revolution von 1789 am meisten profitiert haben, nämlich das Bürgertum. Gerade die sind es heute, die bei der Geschäftsordnung, bei der Ausschussbesetzung, bei der Möglichkeit der neuen Fraktionen, ihre Arbeit zu organisieren, undemokratisch, teilweise sogar diktatorisch handeln. Das heißt, ich muss hier als eine Linke, die viel weiter gehende Vorstellungen von gesellschaftlicher Organisation hat, ausgerechnet gegen Sie Ihre eigenen, früheren Ideale verteidigen, zum Beispiel, dass es in einem Parlament so etwas Hundsgewöhnliches gibt wie die Repräsentanz aller gewählten Fraktionen in einem gemeinsamen Gremium wie dem Präsidium.

Wenn Sie das nicht wollen, dann heißt das, dass es Ihr Verständnis von Demokratie nicht einmal mehr zum Schein geht. Sie haben nicht einmal mehr einen formalen Begriff davon. Sie wollen nur einen ungestörten Ablauf, möglichst alles wie bisher, nur keine Diskussionen, immer im gleichen Sumpf, glatte Rituale und hinter all den Ritualen die Kumpagnei mit Kapital und Banken, ungestört bei der Demütigung und der Ausbeutung von Menschen und bei der Zerstörung von Natur.

(Zurufe)

Ich verspreche Ihnen, dass nicht nur ich dabei stören werde, und ich verspreche das von ganzem Herzen.

Vielen Dank!

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zurufe)

Nein, Herr Zimmermann hat keine Wortmeldung abgegeben. Ich fahre in der Tagesordnung fort.

Sehr geehrte Damen und Herren, nachdem entsprechend den gesetzlichen Vorschriften des § 57 HGO das an Jahre älteste Mitglied des Hauses den Vorsitz geführt hat, übernehme ich nun als der von Ihnen gewählte Stadtverordnetenvorsteher die Sitzungsleitung und sage noch einmal von hier aus ein Dankeschön an Sie, Herr Halberstadt, für die Sitzungsleitung.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben. Am 31.03.2001 verstarb in Frankfurt im Alter von 57 Jahren der ehemalige Stadtverordnete Heinrich Frank. Der Verstorbene gehörte von 1993 bis 1997 der Stadtverordnetenversammlung an und war von 1993 bis 1996 Mitglied in folgenden Ausschüssen: im Haupt- und Finanzausschuss, im Verkehrsausschuss sowie im Ausschuss für Planen und Bauen. Darüber hinaus gehörte er dem Ortsbeirat 11 von 1985 bis 1993 an.

In unser Totengedenken beziehen wir auch den am 09.04.2001 im Alter von 86 Jahren verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten Emil Carlebach ein. Der Verstorbene war Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von 1948 bis 1949. Wir gedenken der Verstorbenen.

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Vielen Dank!

Meine Damen und Herren, ein Blumengruß auf dem Tisch von Herrn Stadtverordneten Scholz zeugt von seinem heutigen Geburtstag. Herr Scholz, im Namen des Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich.

(Beifall)

Seit Beginn der XV. Wahlperiode gab es folgenden runden Geburtstag: Herr Stadtverordneter Günter Quirin beging am 16.04.2001 seinen 50. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, Herr Quirin!

(Beifall)

## **Tagesordnungspunkt 5.**

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 5., der Wahl des Präsidiums gemäß § 57 HGO in Verbindung mit § 2 der Hauptsatzung. Wir haben vier stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherinnen und Stadtverordnetenvorsteher, fünf Beisitzerinnen und Beisitzer und fünf Schriftführerinnen und Schriftführer zu wählen. Die Wahlvorschläge liegen Ihnen umgedruckt vor. In allen drei Fällen handelt es sich um die Besetzung mehrerer gleichartiger unbesoldeter Stellen im Sinne des § 55 Absatz 1 der HGO, so dass drei getrennte Wahlvorgänge vorzunehmen sind. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, wir kommen zunächst zur Wahl der vier stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteherinnen und Stadtverordnetenvorsteher. Ich möchte Sie jetzt um Ihre Aufmerksamkeit für einige Regularien bitten. Wahlberechtigt sind

1. Eröffnung und Begrüßung durch die Oberbürgermeisterin (§ 56 HGO).....	1
Oberbürgermeisterin Petra Roth: .....	1
2. Feststellung der Alterspräsidentin/des Alterspräsidenten (§ 57 HGO) .....	1
Oberbürgermeisterin Petra Roth: .....	1
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit (§ 53 HGO) .....	2
Alterspräsident Heiner Halberstadt: .....	2
4. Wahl der Stadtverordnetenvorsteherin/des Stadtverordnetenvorstehers (§ 57 HGO).....	4
Alterspräsident Heiner Halberstadt: .....	4
Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann: .....	4
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	7
5. Wahl des Präsidiums gemäß § 57 HGO in Verbindung mit § 2 der Hauptsatzung.....	9
a) vier Stellvertreterinnen/Stellvertreter	
b) fünf Beisitzerinnen/Beisitzer	
c) fünf Schriftführerinnen/Schriftführer	
6. Beschlussfassung über Einsprüche und über die Gültigkeit der Wahl vom 18.03.2001 gemäß § 26 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) in der Fassung vom 19.10.1992 (GVBl. I S. 582), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2000 (GVBl. I S. 542), in Verbindung mit § 57 der Kommunalwahlordnung (KWO) in der Fassung vom 26.03.2000 (GVBl. I S. 198).....	14
7. Einsprüche über die Gültigkeit der Wahl der Oberbürgermeisterin/ des Oberbürgermeisters vom 18.03.2001 und der Stichwahl vom 01.04.2001 gemäß §§ 49 und 50 des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) in der Fassung vom 19.10.1992 (GVBl. S. 582), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2000 (GVBl. I S. 542), in Verbindung mit § 74 der Kommunalwahlordnung (KWO) vom 26.03.2000 (GVBl. I S. 198) .....	15
<b>8. Sitzordnung der Stadtverordnetenversammlung für die XV. Wahlperiode.....</b>	<b>15</b>
<u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 25.04.2001, NR 25	
Antrag der PDS/ÖkoLinX-ARL/E.L. vom 24.04.2001, NR 27	
Antrag der CDU/SPD/GRÜNEN/F.D.P. vom 25.04.2001, NR 35	
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	15
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	16
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>16</b>

keiten mit der Tatsache hatte, dass unter Umständen eine neue Sitzreihe auf der linken Seite neben die Sozialdemokratie gestellt werden sollte. Wir haben uns dann überlegt - das ist nun wirklich nicht einfach -, welche arithmetische, technische Lösung es geben kann. Natürlich wissen wir auch - und das soll bitte nicht als Zumutung empfunden werden -, dass nun auf der rechten Seite des Antrages, wenn sie draufschauen, plötzlich eine Farblehre entsteht, die natürlich keine politische Lehre ist. Das ist uns allen klar. Das war aber auch nicht Sinn der Übung. Es war ein Zufallsprodukt, bei dem wir der Meinung sind, dass die Parteien Europa Liste, ÖkoLinX-ARL und PDS mit dieser Zusammensetzung hätten leben können, denn die Nähe der Pressebank ist auch etwas wert.

Einen anderen Punkt gab es noch, bei dem wir gemerkt haben, dass es Schwierigkeiten gibt - und das meine ich ganz ernst. Es ist natürlich sehr schwer, einer großen Volkspartei zuzumuten, dass links neben ihr noch eine Reihe eingezurrt wird. Das wissen wir. Natürlich gab es Gespräche. Dieser Gespräche hätte es nicht bedurft. Wir hätten es auch so gewusst. Deswegen dieser Antrag. Wir meinen, dieser Antrag hat etwas Bewegung in die Diskussion gebracht, damit hat er seinen Zweck erfüllt. Das war das Ziel dieses Antrags. Selbstverständlich ziehen wir diesen Antrag zurück und werden den neuen Antrag NR 35, den wir nun gerade bekommen haben, unterstützen. Er hat unsere Stimmen.

Ich danke Ihnen!

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Danke, Herr Schäfer! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Dähne.

**Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne,  
PDS:**

Herr Vorsteher,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Der Antrag, den die FAG vorgelegt hat, war sehr unsensibel. Es ist eben wirklich seit 1790 so, dass die Gesellschaft der Verfassungsfreunde, die im Oktober 1790 in das Jakobinerkloster umgezogen ist, und seit

dem hieß diese Fraktion Jakobiner, auf der linken Seite - vom Präsidium aus gesehen - des Parlaments der Verfassungsgebenden Versammlung Frankreichs saß, der Adel und die Geistlichkeit saßen rechts. Daraus leitet sich überhaupt erst der Begriff Linke und Rechte ab. Wir bestehen unbedingt darauf, dass die Geschichte ein für alle Mal eingehalten wird.

(Zurufe)

Es würde sehr großen Ärger bedeuten, wenn dieser Tatsache nicht Rechnung getragen würde. Mehr will ich dazu überhaupt nicht sagen. Wir legen keinen gesteigerten Wert darauf, in der ersten Reihe zu sitzen. Wir legen aber Wert darauf, als Fraktion auf der linken Seite des Parlaments zu sitzen, wie es in der Verfassungsgebenden Versammlung, in der Paulskirche und so weiter war. Dabei bleibt es.

(Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Ich will es ganz kurz machen und nur zum Antrag der FAG-Fraktion kurz Stellung nehmen. Wir hatten vorher versucht, ...

(Zurufe)

Wir sind hier nicht in der Kneipe, Junge.

... in verschiedenen interfraktionellen Beratungen einen Vorschlag zu erarbeiten, der insgesamt akzeptabel sein könnte, weil man sich um so etwas wie Sitzordnung nur einmal streiten sollte. Wir, das heißt die ÖkoLinX-Antirassistische Liste, haben mit PDS, Europa Liste und auch mit Vertretern der FAG gesprochen. Wir haben dann den Vorschlag II eingebracht, nach dem vorne links vier FAG-Vertreter sitzen, weil sie unbestreitbar ein besseres Wahlergebnis erzielt haben, dann käme die PDS, dann ÖkoLinX-ARL,

Europa Liste, in der Reihenfolge des Wahlergebnisses. Das war unter uns auch so abgesprochen. Ich war ziemlich baff, nicht, weil ich nicht verstehe, dass die FAG beantragt, sie möchte gern vorn in der Mitte sitzen, das ist legitim, für die eigene Fraktion kann da jeder vorschlagen, was er will. Was ich - ich will es höflich ausdrücken - nicht in Ordnung finde, ist, dass nach dem Vorschlag der FAG ausgerechnet Vertreter nicht nur von antirassistischen Listen und von Linken, sondern auch Migranten neben Rechtsextremen sitzen sollen. Das geht zu weit. Es hätte gereicht, für sich selbst etwas zu sagen, aber nicht ausgerechnet jemanden wie Luigi Brillante von der Europa Liste, jemanden von uns, Antirassistische Liste, oder jemanden von den Linken ohne Not dahin zu packen. In dem Punkt ist bedauerlicherweise der Antrag, ich muss es so sagen, von CDU, SPD, GRÜNEN und F.D.P. - es kommt mir schwer über die Lippen - liberaler.

(Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Ich habe zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Der Antrag NR 25 der FAG-Fraktion wurde zurückgezogen. Ich rufe nun den gemeinsamen Antrag NR 27 der Fraktionen von PDS, ÖkoLinX-ARL und E.L. zur Abstimmung auf und frage nach Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Wer stimmt dem Antrag NR 27 zu? (Geschieht). Wer lehnt den Antrag NR 27 ab? (Geschieht). Wer enthält sich? (Geschieht). Damit stelle ich fest, dass der Antrag NR 27 mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist bei Zustimmung der Antragsteller und Enthaltung des Stadtverordneten Zarcadas und der BFF. Danke!

Abschließend rufe ich nun den Antrag NR 35 der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und F.D.P. zur Abstimmung auf und frage nach Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Wer stimmt diesem Antrag zu? (Geschieht). Entschuldigen Sie bitte, wir sind in der Abstimmung. Wir haben die Vorlagen insgesamt beraten. Es tut mir Leid. Wer stimmt diesem Antrag zu? (Geschieht). Danke schön! Wer lehnt diesen Antrag ab? (Geschieht). Wer enthält sich? (Geschieht). Damit stelle ich

fest, dass der Antrag bei Ablehnung der Republikaner- und BFF-Fraktion angenommen worden ist. Alle anderen Fraktionen haben diesem Antrag zugestimmt.

(Zurufe)

Wer war das noch? PDS und ÖkoLinX-ARL? Ich habe gefragt. Ich habe nichts gesehen. Um Klarheit zu haben, frage ich noch einmal. Wer stimmt diesem Antrag zu? (Geschieht). Wer lehnt diesen Antrag ab? (Geschieht). Republikaner und BFF. Wer enthält sich bei diesem Antrag? (Geschieht). Damit ist dem Antrag mehrheitlich zugestimmt worden. Abgelehnt haben ihn Republikaner und BFF, und enthalten haben sich ÖkoLinX-ARL, PDS und Europa Liste. Somit gilt ab der nächsten Plenarsitzung die gemäß des Antrages NR 35 beschlossene Sitzordnung für die XV. Wahlperiode. Ich bitte um Kenntnisnahme und Beachtung und schließe diesen Tagesordnungspunkt.

**Tagesordnungspunkt 9.**

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 9., Beschluss über die Geschäftsordnungen der Stadtverordnetenversammlung vom 16.03.1978, zuletzt geändert durch § 3659 vom 25.02.1999 und Ortsbeiräte vom 15.06.1978, zuletzt geändert durch § 7066 vom 14.11.1996, §§ 60 und 82 in Verbindung mit § 62 Absatz 5 der HGO. Hierzu liegen mir folgende Unterlagen vor: der gemeinsame Antrag NR 5 der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und F.D.P. mit dem Betreff „Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung“, die Anträge NR 8 bis NR 17 der Republikaner mit dem Betreff „Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung“, der gemeinsame Antrag NR 24 der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und F.D.P. mit dem Betreff „Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung; hier: Einsetzung einer Arbeitsgruppe“ sowie die gemeinsamen Anträge der Fraktionen von PDS, ÖkoLinX-ARL und E.L. NR 28 mit dem Betreff „Zur Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung“ und NR 29 mit dem Betreff „Zum



<b>9. Beschluss über die Geschäftsordnungen für Stadtverordnetenversammlung</b>	
vom 16.03.1978, zuletzt geändert durch § 3659 vom 25.02.1999 und Ortsbeiräte vom 15.06.1978, zuletzt geändert durch § 7066 vom 14.11.1996 (§§ 60 und 82 Absatz 6 in Verbindung mit § 62 Absatz 5 HGO).....	17
<u>hierzu:</u> Antrag der CDU/SPD/GRÜNEN/F.D.P. vom 05.04.2001, NR 5	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 8	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 9	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 10	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 11	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 12	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 13	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 14	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 15	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 16	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 17	
Antrag der CDU/SPD/GRÜNEN/F.D.P. vom 25.04.2001, NR 24	
Antrag der PDS/ÖkoLinX-ARL/E.L. vom 24.04.2001, NR 28	
Antrag der PDS/ÖkoLinX-ARL/E.L. vom 24.04.2001, NR 29	
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>18</b>
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	21
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: .....	22
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	24
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	25
Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD:.....	26
Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE: .....	27
<b>10. Bildung der Ausschüsse (§ 62 HGO) .....</b>	<b>31</b>
a) Gesamtzahl und Bezeichnung	
b) Zahl der Ausschussmitglieder	
c) Zusammensetzung der Ausschüsse gemäß § 62 Absatz 2 Satz 1 HGO	
<u>hierzu:</u> Antrag der F.D.P. vom 09.04.2001, NR 4	
Antrag der PDS/ÖkoLinX-ARL/E.L. vom 24.04.2001, NR 30	
Antrag der CDU/SPD/GRÜNEN/F.D.P. vom 26.04.2001, NR 26	
Stadtverordneter Franz Zimmermann, F.D.P.:.....	31
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	32
Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.: .....	33

Beschluss über eine Geschäftsordnung“. Gibt es dazu Wortmeldungen? Dann bitte ich, diese hier schriftlich einzureichen.

Das Wort hat Frau Stadtverordnete Ditfurth.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Ich finde es interessant, dass diejenigen - nämlich CDU, SPD, F.D.P. und GRÜNE -, die einen so umfassenden Änderungsantrag zur bisherigen Geschäftsordnung vorgelegt haben, jetzt kneifen und ihn noch nicht einmal begründen, warum sie das tun und warum sie so mit den neuen Fraktionen verfahren wollen. Da hat sich ein gewisser Herr Becker zusammen mit den Herren Frey, Zimmermann und Sikorski etwas ausgedacht.

(Zurufe)

Das kommt noch.

(Heiterkeit)

Die vier Superdemokraten haben nachgedacht, wie man die neuen Fraktionen, die frecherweise vom Souverän einfach so in den Römer gewählt wurden, wo man doch mit dem neuen Wahlrecht nur die F.D.P. hineinziehen wollte, jetzt wenigstens nach dem Motto „Der Römer gehört uns“ zum Schweigen bringt. Hatte die bisherige Geschäftsordnung schon reichlich undemokratische Schlagseite, so ist die künftige Geschäftsordnung, so wie sie jetzt zustande kommen würde, würde man dem Antrag von CDU, SPD, GRÜNEN und F.D.P. zustimmen, eine Übergangsstufe in eine Diktatur der alten Fraktionen über die neuen Fraktionen.

In der bisherigen Geschäftsordnung stand, dass die Stadtverordneten kraft ihres Mandats verpflichtet sind, an der Arbeit der Stadtverordnetenversammlung teilzunehmen. Herr Becker, Herr Frey, Herr Zimmermann, Herr Sikorski haben beschlossen, dass das in dieser Form nicht gelten soll. Wir sollen an der Arbeit nicht teilnehmen, Abgeordnetenrechte und Fraktionsrechte werden massiv eingeschränkt. Wir sind aus allen Ausschüssen ausgeschlossen und damit aus der aktiven Mitwirkung an einem Kern parlamentarischer Arbeit. In den bisherigen Ausschüssen gab

es 232 Sitze, künftig sind es mehr, weil einige Ausschüsse leicht vergrößert werden sollen. In diesen 16 Ausschüssen mit 232 und mehr Plätzen soll nicht eine einzige der neuen, kleinen Fraktionen vertreten sein. Nicht ein einziger Mensch, nicht ein einziger Platz.

Die Fragestunde - liest man die Geschäftsordnung, die ganzen Tricks, die dort durch Halbsätze und Miniaturänderungen bewirkt werden - ist künftig so organisiert, dass die neuen Fraktionen weder das Recht haben, beteiligt zu sein noch das Recht haben, eine mündliche Antwort des Magistrats zu hören. Man kann es mit bestimmten Verfahrenstricks - ich will Sie nicht mit Einzelheiten langweilen - so hinbekommen, dass die kleinen Fraktionen ihre Antwort immer nur irgendwann schriftlich bekommen, damit niemand im Publikum die Antwort auf die Fragen der kleinen Fraktionen hört, falls es peinlich werden sollte. Wenn wir aber das Glück haben sollten, in der Fragestunde reden zu dürfen, wird uns diese Redezeit von der Gesamtredezeit abgezogen. Nein? Das ist alles wahr, schauen Sie in Ihren eigenen Antrag, beweisen Sie uns das Gegenteil.

Die vier diktatorischen Altfraktionen wollen zum Beispiel meiner Fraktion ganze zwölf Minuten Redezeit für die gesamte Parlamentssitzungszeit einräumen - für neun Stunden sind das zwölf Minuten. Noch eine Einschränkung: Jeder Stadtverordnete hat aber nur zehn Minuten Redezeit. Das heißt, von unseren zwölf Minuten Redezeit dürfen wir nur zehn Minuten ausnutzen, die zwei Minuten können wir anschließend meistbietend verschenken.

(Zurufe)

Sie sollten Ihre eigenen Vorlagen besser lesen.

(Zurufe)

Ich weiß, dass Sie heute wegen der größeren Besucherzahl versuchen müssen, das alles herunterzuspielen. Man kann das alles in Ihrem eigenen Antrag nachlesen. Wenn Fehler darin sind, sind das Ihre Fehler und nicht meine.

Das ergibt pro Tagesordnungspunkt 30 bis 60 Sekunden Redezeit, bei angenommenen

zehn Tagesordnungspunkten. Also mundtot machen. Sie wissen warum. Das hat inhaltliche Gründe. Kein Thema mehr über Atomtransporte durch Frankfurt - heute vor 15 Jahren gab es übrigens die Atomkatastrophe von Tschernobyl -, keine Diskussion über alltäglichen Rassismus auch in den städtischen Ämtern, nichts über Abschiebung am Flughafen, nichts über die Hochhäuser, die die Spekulation anheizen, man lebt in einer Metropole. Aber mit dieser Geschäftsordnung verhält man sich so, als ob wir in einem Kaff sitzen und über Marginalien, wie die Bürgersteigordnung vor unserer Lieblingskneipe, beraten würden.

Ich bin auch gespannt, wie sich die Jusos unter den SPD-Stadtverordneten verhalten werden. Ich bin gespannt, was die Kollegen Sozialisten unter linker Gestaltungsmehrheit im Römer und unter Demokratie verstehen. Sie können sich entscheiden. Fraktionsdisziplin und ungestörte Karrieremöglichkeiten in der Mutterpartei oder eine demokratischere Arbeitsweise für alle kleineren, auch für die neuen Fraktionen, und dafür vielleicht ein kleiner Karrierhubbel auf dem Weg von links unten nach rechts oben, der üblichen Tragödie von Juso-Biografien.

(Zurufe)

Es ist kein Zufall, dass im Römer genau in jenem Moment noch das biederste bürgerliche Demokratieverständnis zerschlagen wird, als die GRÜNEN damit liebäugeln - nicht zu doll, weil die Basis zu laut schreit -, in den schwarzen Sarg zu kriechen.

(Heiterkeit)

Was immer am Ende dabei zwischen CDU, SPD, F.D.P. und GRÜNEN herauskommt, und die FAG macht sich ja Hoffnungen, dort mit hineingenommen zu werden - ich glaube, dass das im Moment nur ein Spielchen ist, bei dem Ihr am Schluss herausgeworfen werdet, aber das ist Eure Sache. Wie immer sich das Biest, das dann herauskommt, das nicht Koalition heißen darf, nennt. Wenn es Schwarz-Grün wird, schlage ich vor, dass man es „Nato-farbenes Bündnis“ nennt. Wenn mehr daran beteiligt sind, sozusagen 80 Prozent dieses Parlaments in der Regierung vertreten sind, also wunderbare Demokratie mit richtig viel Opposition, könnte man

es „konstruktive Kooperation aller Anständigen“ nennen - für mehr Flughafen und weniger Sozialhilfe und noch mehr Videoüberwachung. Hauptsache, Herr Sikorski und Frau Ebeling kommen in den hauptamtlichen Magistrat.

(Zurufe)

Lutz langweilt sich so, darum geht's doch eigentlich.

In einem früheren Leben war ich einmal an der Gründung der GRÜNEN beteiligt. Lang ist es her. Damals, vor 20 Jahren - manche sind ja komischerweise immer noch hier.

(Beifall, Zurufe)

Die Betonung lag auf „noch“. Ich verstehe nicht, wie man es 20 Jahre am Stück hier aushalten kann. Das gebe ich gern zu.

Der Umgangston war damals ziemlich grauenhaft. Es war scheinbar alles steifer. Die Verkehrsformen waren so, dass am ersten Abend nach der Wahl einige CDU-Stadtverordnete so laut tuschelten, „jetzt müsse der Römer öfter entlaust werden“, dass wir es hören sollten. Das hat sich mit der Zeit etwas gegeben. Heute scheinen die Verhältnisse etwas bunter, aber hinter den Kulissen, hinter der lockereren Maske und den etwas alternativ aufgemotzten Verkehrsformen ist es eigentlich härter geworden. Ich muss jetzt schon wieder etwas Peinliches zugeben.

(Zurufe)

Wenn Sie nicht aufgepasst haben, ich rede zur Geschäftsordnung und den dazugehörigen Änderungsanträgen und zu den Auswirkungen, die das haben wird, wenn Sie sich durchsetzen. Jetzt konzentrieren Sie sich einfach einmal.

(Zurufe)

1981, zu Zeiten einer absoluten CDU-Mehrheit wurden die Rechte kleiner Fraktionen und Abgeordneten trotzdem nicht so brutal beschnitten wie heute auch von den GRÜNEN, von diesem Bündnis aus CDU, SPD, F.D.P. und GRÜNEN.

Jetzt wird es witzig, weil es zu peinlich ist, was alles in dem Antrag steht. Es gibt jetzt einen Antrag, schnell und knapp vorgelegt, dass erst beschlossen werden soll und anschließend, wenn beschlossen worden ist, soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, in der wir, die neuen Fraktionen, auch mitberaten dürfen. Wenn dann nichts herauskommt, dann bleibt das, was wir heute beschließen, bestehen. Das soll vortäuschen, dass es noch eine Offenheit, eine gewisse Liberalität gäbe und man über alles reden könne. Wenn das so ist, warum folgen Sie nicht unserem Antrag, der schlicht und einfach lautet: Erst eine Arbeitsgruppe einrichten, in der man versucht, sich zu einigen, und dann wenn es nicht klappt, kann man es immer noch mehrheitlich durchsetzen. Warum erst beschließen? Zum Schein und um dann zum Schein - als demokratische Farce - hinterher eine Arbeitsgruppe einzurichten. Unser Antrag lautet, die alte Geschäftsordnung, die wir gar nicht so wahnsinnig toll finden, aber immer noch besser als das, was jetzt kommt, und die Sie selbst beschlossen haben, noch ein paar Monate gelten zu lassen. Währenddessen arbeitet eine Arbeitsgruppe und anschließend wird natürlich - wie sonst auch - mit Mehrheit beschlossen. Aber wir hatten wenigstens die Chance, mit zu diskutieren und diese Form von enthemmter Zerstörung demokratischer Rechte etwas zu bremsen.

Um das gleich anzukündigen, damit niemand hinterher sagen kann, er sei getäuscht worden. Wir werden notfalls juristisch überprüfen lassen, weil die Herren Becker, Frey, Zimmermann und Sikorski so enthemmt zugeschlagen haben und dabei juristische Fehler gemacht zu haben scheinen, dass manche Punkte die juristische Überprüfung ihrer Verfassungsmäßigkeit verdienen. Wir haben uns von sehr guten Verwaltungsjuristen beraten lassen. Die Chancen für uns sehen ganz gut aus. Bei den vielen Juristen in der Fraktion wundert es mich, dass Sie zum Teil solche Fehler machen.

Ich will Ihnen am Ende verraten, wie sich die Herren Viererbande die ideale Abgeordnete einer kleiner Oppositionsfraktion vorstellen, also die Arbeit von jemanden wie mir. Ich soll zu Hause sitzen, möglichst nicht im Römer auftauchen und am Computer schriftliche Voten zur Tagesordnung II abgeben. Angelegenheiten werden in die Ausschüsse abge-

soben, in denen wir nicht vertreten sind, und kommen auf die Tagesordnung II. Vielleicht dürfen wir schriftlich dazu etwas sagen, aber nicht debattieren. Das heißt, eine so umfassende Beschränkung von Abgeordnetenrechten ist wirklich grausig.

Wenn ich in der Fragestunde etwas sagen darf - man ist heute liberal, hat viel Besuch, man gibt sich noch offen -, vielleicht sogar an die Reihe komme und vielleicht zehn Minuten Redezeit erreichen sollte, wenn das Thema wichtig wäre, soll ich anschließend acht Stunden 50 Minuten schweigen, und die anderen kleinen Fraktionen auch. So stellen Sie sich das vor.

Räume gibt es bis heute nicht. Vielleicht gibt es ja die Hoffnung, doch noch irgendwann welche zu bekommen. Man hätte sich das auch früher überlegen können. Es gibt einen Berg Unterlagen. Die neue Abgeordnete will dazu irgendetwas sagen, dann darf sie das vielleicht noch per E-Mail tun. Wir sollten nicht öffentlich über Probleme in dieser Stadt diskutieren. Werte ich die Tricks in Ihrem Geschäftsordnungsantrag aus, habe ich für die ÖkoLinX-Antirassistische Liste-Fraktion gerade mal eben das Recht, einen Antrag ...

(Zurufe)

Ja, Sie dürfen. Wir wollen hier nicht Korinthen kacken.

(Zurufe)

In der Schule saßen auch schon die Streber immer ganz vorn in der Mitte.

(Zurufe, Heiterkeit)

Ich habe hier heute ein Katzenstühlchen ohne Tisch. Haben Sie im Moment ein Problem?

(Zurufe)

Das wäre? Erzählen Sie mal.

(Zurufe)

Was wir beantragen, ist, dass wir keine virtuellen Stadtverordneten sein wollen, sondern wir sollen solche sein, die den Auftrag, den wir von unseren Wählern und Wählerinnen

erhalten haben, umsetzen, bei bestimmten, sehr oft unterdrückten Punkten zu debattieren und aktiv mitzuwirken, wie es auch verfassungsmäßig wäre. Das tut man im Parlament und in den Ausschüssen. Bei allen Fragen, die man aufwirft, hat man die Möglichkeit, sich zu entfalten. Begrenzt natürlich schon dadurch, dass wir kleine Fraktionen sind. Der Unterschied ist doch sowieso schon da. Wovor haben Sie also Angst?

Wir beantragen, dass - ich sage es noch einmal abschließend - heute nicht über die Geschäftsordnungsänderungsanträge von CDU, SPD, GRÜNE und F.D.P. entschieden wird, dass das ausgesetzt wird, dass eine Arbeitsgruppe eingerichtet wird, in der wir gemeinsam versuchen, etwas einvernehmlich herzustellen. Wenn das nicht gelingt, kann unserer Ansicht nach ab Ende August, meinetwegen auch im September, so wie Sie das mögen, darüber mehrheitlich beschlossen werden, wie die neue Geschäftsordnung aussieht. Aber wir brauchen nicht die Farce zu machen, eine Geschäftsordnung zu beschließen und anschließend zu beraten, wie wir sie vielleicht anders hätten machen können.

Danke!

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Hübner.

**Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:**

Frau Oberbürgermeisterin,  
Herr Stadtverordnetenvorsteher!

Als ich diesen Antrag bezüglich der Veränderung der Geschäftsordnung gelesen habe, ist mir durch das, was darin stand, Misstrauen entgegengeschlagen. Es ist Misstrauen gegenüber den neuen Fraktionen. Man behandelt uns mit diesen Anträgen als Leute, die offensichtlich unberechenbar, die darauf aus sind, den Betrieb unter Umständen stillzulegen, den Betrieb jedenfalls in einer Art und Weise zu stören, dass ein normaler parlamentarischer Ablauf nicht möglich ist. All das ist doch völlig unbewiesen. Wir sind doch

jetzt erst in das Parlament gekommen. Auch ich sehe - und ich glaube, das betrifft auch die anderen neuen Fraktionen -, dass das mit der alten Redezeitordnung nicht funktionieren kann. Das heißt, wenn diese Redezeiten so erhalten bleiben, wie sie bisher waren, dann wäre es in der Tat mit zehn Fraktionen sehr schwierig. Das kann aber kein Grund sein, von vornherein zu vermuten, dass die neuen Fraktionen jetzt diese Schwierigkeit total ignorieren wollen. Mann kann nicht von vornherein Pflöcke einschlagen, die in die Richtung zielen, dass man überhaupt nicht abwarten will, ob es sich nicht selbst regelt, ob nicht die Vernunft bei uns genauso vorhanden ist.

Herr Stadtverordnetenvorsteher, Sie haben vorhin gesagt: ein Neuanfang. Wie soll denn ein Neuanfang aussehen, wenn der so beginnt, dass man denen, die neu hier hineinkommen, sagt, im Grunde genommen wollen wir euch nicht, wir müssen euch akzeptieren, weil das Wahlrecht so ist, aber so, wie wir die Geschäftsordnung verändert haben, zeigen wir, dass wir euch nicht wirklich haben wollen. Das ist keine gute Botschaft am Anfang. Ich für meinen Teil und für meine Fraktion und für die Gruppierungen, die ich vertrete - wir sind schon seit mehreren Jahren auch in einigen Ortsbeiräte vertreten -, kann nur sagen, dass wir konstruktiv arbeiten. Wir wollen mitarbeiten, aber wollen nicht am Anfang die Botschaft haben: Wir wollen euch nicht oder wir wollen euch nur in absolut dosierter Fassung. Seien Sie doch einfach ein bisschen neugierig. Vielleicht gibt es ein paar ganz interessante Reden - auch von uns. Sie haben jetzt mehrfach viel Spaß mit Frau Ditfurth gehabt, mit mir jetzt vielleicht weniger, aber auch unsereins kann noch zu großer Form auflaufen. Sie nehmen sich doch auch einiges.

(Zurufe)

Seien Sie doch einfach ein bisschen neugierig. Ich frage gerade die jungen Abgeordneten, die jetzt dabei sind - Herr Becker, 31 Jahre, gerade Vater geworden, oder auch die jungen Abgeordneten in den anderen Gruppierungen: Wie kann man denn von politischer Kultur sprechen, wie kann man davon sprechen, dass man mehr einbeziehen will, bei einer Wahlbeteiligung von 47 Prozent, die wir inzwischen in Frankfurt konstatieren mussten, wenn man im Grunde genommen

<b>11. Fraktionsfinanzierung</b> .....	34
Antrag der CDU/SPD/GRÜNEN/F.D.P. vom 05.04.2001, NR 6	
<u>hierzu:</u> Antrag der BFF vom 17.04.2001, NR 7	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 18	
Antrag der FAG vom 23.04.2001, NR 21	
Antrag der PDS/ÖkoLinX-ARL/E.L. vom 24.04.2001, NR 31	
Stadtverordnete Ute Friedrich, FAG: .....	35
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	35
Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE: .....	35
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF: .....	36
Stadtverordneter Franz Zimmermann, F.D.P.: .....	37
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>37</b>
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	39
12. Terminplanung .....	41
13. Arbeitsräume für Fraktionen.....	42
Antrag der FAG vom 23.04.2001, NR 20	
<u>hierzu:</u> Antrag der GRÜNEN/CDU/SPD vom 24.04.2001, NR 23	
Antrag der PDS/ÖkoLinX-ARL/E.L. vom 24.04.2001, NR 33	
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	42
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	42
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	42
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: .....	43
14. Weiteren Rechtsstreit um das Namensrecht FAG beenden .....	44
Antrag der SPD vom 20.04.2001, NR 22	
<u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 25.04.2001, NR 34	
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	44
Stadtverordneter Franz Frey, SPD: .....	44
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE: .....	45
Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU: .....	46
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	47
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	48
Stadtverordneter Hans Busch, SPD: .....	48

keinen Bestand haben. Es ist besser, Sie beschließen es nicht, denn Sie ersparen sich im Grunde genommen eine Blamage, die Sie gut vermeiden könnten. Ich kann nur an die Vernunft appellieren. Wenn es mit der Vernunft nicht gelingt, dann muss es über die Gerichte gehen.

Vielen Dank!

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Zimmermann von der F.D.P.-Fraktion. Bitte schön!

**Stadtverordneter Franz Zimmermann,  
F.D.P.:**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,  
meine Damen und Herren!

Es gibt heute Abend bereits ein paar Beispiele, die den Beschluss von vorhin, nämlich diese Arbeitsgruppe einzuberufen, um an der Geschäftsordnung zu arbeiten, rechtfertigen. Herr Halberstadt beispielsweise hat einen Vorschlag gebracht, der zum Nachdenken anregt, nämlich, dass man durchaus im Laufe eines Abends, wenn ein zusätzlicher Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung kommen sollte, auch Redezeit dazu einräumen muss. Das ist ein Punkt, der vernünftig klingt und auch in dieser Arbeitsgruppe zur Sprache kommen sollte. Herr Hübner hat vorhin auch einen Vorschlag gebracht. Wenn wir jetzt über die Finanzierung reden, werden auch solche Punkte in dieser Arbeitsgruppe behandelt werden. Aber es kann nicht angehen, dass man es bei den neuen Fraktionen, die zum Teil aus ein, zwei oder drei Personen bestehen oder auch vier - ich komme auf den Punkt, weil wir gerade vier sind -, bei der alten Geschäftsordnung und damit auch bei der alten Finanzierungshöhe belässt.

Herr Schäfer sagte vorhin, die von der F.D.P. könnten nicht rechnen. Wir werden Ihnen das Gegenteil beweisen, Herr Schäfer. Sie sind in der gleichen Fraktionsstärke wie wir, und Sie sind auch gut ausgestattet mit diesen Finanzmitteln. Wir müssen uns bescheiden. Ich

habe für meine Partei, für meine Fraktion zu bekennen, dass wir Federn gelassen haben und ein Mandat weniger bekommen haben. Warum soll ich denn das gleiche Geld bekommen, wenn die Fraktion geschrumpft ist? Wir müssen also einfach hier auch den Vernunftsmaßstab anlegen. Wenn die Fraktion kleiner ist, und das ist eben gestaffelt nach unten noch weiter zu berücksichtigen, dann muss man sich auch beschränken. Wir tun das nicht gerne, aber wir nehmen zur Kenntnis, was der Wähler am 18. März gesprochen hat. Dem muss man auch Rechnung tragen. Wir müssen dem bei der Redezeitbeschränkung Rechnung tragen - das tut auch weh - und vielleicht unseren Redestil ändern, damit wir uns knapper fassen. Dann müssen wir uns dies eben auferlegen und daran denken, dass selbst bei dieser Beschränkung, die jetzt damit beschlossen wird, dem Steuerzahler knapp eine Millionen DM mehr pro Jahr zugemutet wird. Das muss beschränkt bleiben und kann nicht ausufern.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth von der Fraktion der ÖkoLinX-ARL. Bitte schön!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-  
ARL:**

In der Hessischen Gemeindeordnung, Paragraph 36a Absatz 1 Satz 4 steht: „Parteien oder Wählergruppen, die durch Wahlen in der Gemeindevertretung vertreten sind, erhalten Fraktionsstatus.“ Es kann sein, dass Sie mit der Änderung des Wahlrechts vergessen haben, auch diesen Passus zu beseitigen. Jetzt wollen allerdings die alten Römerparteien uns und der Öffentlichkeit weismachen, dass es sich bei den neuen Fraktionen, weil diese zum Teil sehr klein sind, nur um einfache, herumirrende Abgeordnete handelt. Das ist falsch. Wir haben tatsächlich Fraktionsstatus. Das heißt, wir haben das Recht und auch die Pflicht am gesamten Umfang der Arbeit

dieses Parlaments teilzunehmen. Wir können selbstverständlich nicht so viele Schwerpunkte setzen wie eine große Fraktion, in der viele Angestellte und viele Stadtverordnete arbeiten. Wir müssen aber wenigstens die Möglichkeit erhalten, alle Vorgänge zu lesen, zu bewerten, unsere Schwerpunkte auszuwählen und die Arbeit zu organisieren.

Es hat in diesem Parlament früher das Verständnis gegeben, dass jede Fraktion, egal wie klein oder wie groß sie ist, die gleiche Menge an Post bekommt und keine gekürzten Ausgaben der Mittwochspost und anderer Unterlagen oder etwa ein Exzerpt für den Haushaltsplan, sondern eine gleiche Grundmenge, die übrigens jetzt schon in den Wochen vor dieser Wahl für jeden einzelnen von uns, jede einzelne Fraktion, ich glaube auf zweieinhalb Meter in meinem Regal, ohne Duplikate, angewachsen ist. Das heißt, diese Arbeit muss bewältigt werden. Jede Fraktion braucht - das war die klassische hierarchische Auffassung - einen Fraktionsgeschäftsführer beziehungsweise eine Fraktionsgeschäftsführerin, einen Fraktionsassistenten beziehungsweise eine Fraktionsassistentin. Das kann man auch anders aufteilen. Schon Anfang der achtziger Jahre haben andere Fraktionen sich beklagt, dass selbst das zu knapp berechnet wäre. Hier in diesem Raum sitzen Menschen, wie wir auch heute gehört haben, die gern und zum vermeintlich eigenen Ruhme davon reden, sie seien Abgeordnete in einer Stadt, die eine Metropole sei. Heute verhalten sich hier manche, als sei Frankfurt ein Kaff. Als hätten wir es nicht mit großen Kapitalinteressen zu tun, mit dem Problem wachsender Armut und den Lebensverhältnissen zum Beispiel von Migranten, mit großflächigen Naturproblemen und so weiter, sondern mit der getrennten Müllsammlung der Dorfkneipe um die Ecke, dem Bürgersteig im Ort oder den Kosten für ein neues Feuerwehrhaus.

Die Abgeordneten hier im Parlament in dieser Großstadt arbeiten ehrenamtlich, und das ist auch in Ordnung so. Die Menge an Arbeit, die auf jede Fraktion zukommt, egal ob sie ein, drei oder fünf Personen hat, ist von großem Umfang. Dazu gehören Dinge wie die allgemeine Fraktionsgeschäftsführung, die Verwaltung, die Aufteilung der Arbeit, um zur Entscheidung zu kommen, wo man welche Schwerpunkte setzt, welche Berichte man

überprüft, wozu man noch einen Arbeitskreis einrichtet, Bürger- und Bürgerinnensprechstunde und so weiter. Die Anforderungen an die kleinen Fraktionen sind überproportional weitaus größer als bei einer großen Fraktion, hinzu kommen dann noch die Haushaltsberatungen und vieles andere mehr. Auch da können kleine Fraktionen nicht einfach sagen, es tut uns Leid, wir bleiben zu Hause und lassen die anderen darüber beraten. Dafür sind wir nicht gewählt worden. Wir sollen auch Öffentlichkeitsarbeit gemäß der HGO gewährleisten. Bei den Vorberatungen in den Ausschüssen, auch dann wenn wir nicht abstimmen dürfen, sollen wir mitreden und beraten dürfen und Anträge stellen. Wir brauchen auch ein Archiv, das heißt, das Kennenlernen all dieser Vorgänge.

Jetzt wird es juristisch interessant, und ich bin wieder einmal erstaunt, auf welchen juristisch schwachen Beinen dieser Antrag steht. Ein Grundbetrag ist ein Grundbetrag, könnte man meinen. Die Differenzierung nach Größe der Fraktion erfolgt bei den Sachkosten, bei den allgemeinen Geschäftsmitteln nach der Zahl der Stadtverordneten. Das heißt, es gibt einen Grundbetrag für alle, weil man sagt, wir haben alle im Sockel die gleiche Arbeit, und darüber hinaus sehr viel mehr Mittel je Stadtverordneten, so dass die großen Fraktionen materiell gut ausgestattet sind. Es wird jetzt gesagt, dass dieser Grundbetrag, mit der keinem Menschen verständlich zu machenden Logik und juristisch sehr zweifelhaft, nun ein Grundbetrag des Grundbetrages ist und es noch einen Grundbetrag des Grundbetrags gibt. Der Grundbetrag ist plötzlich keiner mehr und wird aufgesplittert und letztendlich zu Einzelpersonengrundbeträgen für Stadtverordnete unter Aushebelung des Verständnisses, dass es hier Fraktionen gibt.

Von 130.000 DM pro Jahr für die allgemeinen Geschäftskosten soll für die kleinsten Fraktionen nur noch ein Drittel bleiben. Aber während gekürzt wird, weil man doch so knappe Mittel hat, haben die großen Fraktionen aufgestockt, denn sie profitieren davon, dass mal eben der Kopfbetrag von 6.000 DM um 50 Prozent auf 9.000 DM erhöht wird. Ich kann mir richtig vorstellen, wie die Haushälter der einzelnen Fraktionen dasaßen und überlegten, was sie gerne haben wollen. Man findet für alles, was man will, eine Rechenmethode. Sie haben dann so lange mit dem



Rechenschieber herumgerechnet, bis mindestens das Gleiche, wenn nicht mehr als bisher herauskam. So konnte es auch passieren, dass die Fraktion der GRÜNEN, die bisher 17 Abgeordnete hatte, jetzt eigentlich 102.000 DM Kopfbetrag kriegen müssten. Und - oh Wunder - nachdem der Wähler sie für die Genehmigung von Atomtransporten und für den Jugoslawienkrieg abgestraft hat - wie ich finde, noch viel zu wenig -, erhöhen sie sich mit diesem Antrag, mit dem sie angeblich sparen wollen, prompt den Kopfbeitrag. Das macht allein bei diesem einzelnen Posten insgesamt etwa 15.000 DM mehr aus. Beim Verlust von vier der 17 Stadtverordneten! Das ist eine sagenhafte Rechnung. Ich kann jetzt verstehen, warum Lutz Sikorski vorhin schon sagte, man habe so hart gerechnet. Er muss sich wirklich gequält haben.

Wenn das Stadtverordnetenmandat ein ehrenamtliches Amt ist, wer macht denn dann eigentlich die Arbeit, die Fraktionsgeschäfte? Vorgeschlagen ist, dass die kleinen Fraktionen, also meine oder die Europa Liste, Mittel für Personalkosten für das ganze Jahr in Höhe von 23.140 DM bekommen. Das ist nicht Nettlohonorar, das ist nicht ein Bruttogehalt, das ist das, was an Kosten insgesamt für die Arbeitgeberseite in einer Fraktion für einen dann angestellten Menschen entstehen darf. Wie viel Arbeitskraft ist damit zu bezahlen? Ich habe mich beim Personalamt und bei der Gewerkschaft erkundigt und habe gesagt, wie viel qualifizierte Arbeitskraft kann man dafür kaufen, für eine ehrenamtliche Fraktion, also für Zuarbeit für ehrenamtlich tätige Stadtverordnete. Die haben gesagt, das reicht für zwei 630 DM Kräfte. Ist das nicht toll? Dafür bekommt man enorm viel an qualifizierter Zuarbeit.

(Zurufe)

Ich habe weiter nachgefragt, wo das im BAT steht, wo denn 23.140 DM angesiedelt sind. Da haben sie mir nach langem Zögern gesagt, das gibt es auf der BAT-Liste nicht, das liegt unter BAT X. Allenfalls könnte es Teilzeitarbeit im Rahmen des BAT X geben, so 16 Stunden, je nach dem wie alt jemand ist, welchen familiären Status er oder sie hat und so weiter. Ungefähr 16 Stunden könnte jemand, der bezahlt wird wie ein Bote oder ein Amtsdienstler, für eine Fraktion arbeiten. Das hat mich schwer beeindruckt.

Die letzte Möglichkeit wäre, mit einem Menschen einen Sondervertrag abzuschließen. Da bliebe ein Bruttogehalt von monatlich 1.500 DM übrig. Netto bleiben danach nach Status und Steuerklasse etwa 900 bis 1.000 DM übrig. Ich möchte gerne einmal fragen, welcher der hier anwesenden Fraktionsgeschäftsführer zu diesem Tarif arbeitet, oder haben Sie alle ungeschützte nichttarifliche Sklavenverträge, ich hoffe doch nicht. Deswegen beantragen wir, dass wir die Mittel für einen Fraktionsgeschäftsführer, eine Fraktionsgeschäftsführerin, in Anlehnung an BAT II, so war das eigentlich immer üblich und entspricht den Gepflogenheiten in diesem Haus, und einen so genannten Assistenten, in Anlehnung an BAT IV erhalten. Der Anteil unserer ehrenamtlichen Arbeit und der unserer Arbeitsgruppen, der Menschen die uns unterstützen, wird groß sein, aber die können doch nicht die Geschäfte einer Stadtverordnetenfraktion führen. Das ist doch völlig am Leben vorbei und völlig unrealistisch.

Mit den Mitteln, die uns CDU, SPD, F.D.P. und mal wieder die ach so demokratischen GRÜNEN reizender Weise, unter hartem Nachdenken, wie wir erfahren haben, zugebracht haben, könnten wir statt einer Fraktionsgeschäftsführung auch eine Reinigungskraft einstellen. Das hat einen gewaltigen Vorteil. Diese Reinigungskraft kann dann die unbearbeiteten Aktenberge regelmäßig abstauben.

Danke!

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Als nächster hat Herr Oesterling von der SPD-Fraktion das Wort.

**Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:**

Frau Vorsitzende,  
meine Damen und Herren!

Der Kollege Sikorski hat vorhin, als es um die Geschäftsordnung und die Redezeit ging, schon darauf hingewiesen, dass wir hier über einen Kompromiss zu zwei Prinzipien reden.

11. Fraktionsfinanzierung.....	34
Antrag der CDU/SPD/GRÜNEN/F.D.P. vom 05.04.2001, NR 6	
<u>hierzu:</u> Antrag der BFF vom 17.04.2001, NR 7	
Antrag der REP vom 18.04.2001, NR 18	
Antrag der FAG vom 23.04.2001, NR 21	
Antrag der PDS/ÖkoLinX-ARL/E.L. vom 24.04.2001, NR 31	
Stadtverordnete Ute Friedrich, FAG: .....	35
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	35
Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE: .....	35
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF: .....	36
Stadtverordneter Franz Zimmermann, F.D.P.: .....	37
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	37
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	39
12. Terminplanung .....	41
<b>13. Arbeitsräume für Fraktionen.....</b>	<b>42</b>
Antrag der FAG vom 23.04.2001, NR 20	
<u>hierzu:</u> Antrag der GRÜNEN/CDU/SPD vom 24.04.2001, NR 23	
Antrag der PDS/ÖkoLinX-ARL/E.L. vom 24.04.2001, NR 33	
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>42</b>
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	42
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	42
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: .....	43
14. Weiteren Rechtsstreit um das Namensrecht FAG beenden .....	44
Antrag der SPD vom 20.04.2001, NR 22	
<u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 25.04.2001, NR 34	
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	44
Stadtverordneter Franz Frey, SPD: .....	44
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE: .....	45
Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU: .....	46
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD: .....	47
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	48
Stadtverordneter Hans Busch, SPD: .....	48

**Tagesordnungspunkt 13.**

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Damit rufe ich Punkt 13., Räumlichkeiten, auf. Wir behandeln die Vorlagen NR 20 der FAG mit dem Betreff „Räumlichkeiten“, den Antrag NR 23 der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN mit dem Betreff „Arbeitsräume für die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung“, sowie den Antrag NR 33 der Fraktionen von PDS, ÖkoLinX-ARL und E.L. mit dem Betreff „Fraktionsgeschäftsstellen der neuen Fraktionen“.

(Zurufe)

Die erste Wortmeldung kommt von Frau Ditfurth, bitte.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Ich möchte bekannt geben, dass sich bei uns durch den neuen Antrag NR 23 etwas ändert. Unser Antrag hat drei Punkte. Den ersten Punkt erklären wir für erledigt. Die Punkte zwei, also mindestens drei Räume je Fraktionsgeschäftsstelle und drei, der dringende Wunsch nach einem Belegungsplan für den Römer-/ Rathauskomplex wird aufrecht erhalten.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Schäfer, FAG-Fraktion.

**Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:**

Meine Damen und Herren!

Im Prinzip kann ich es relativ kurz machen. Es ist natürlich klar, dass wir diesen Antrag zurückziehen werden und den weitergehenden Antrag NR 23 unterstützen. Ich möchte nur zwei bis drei kurze Sätze dazu sagen. Es

ist hier ein bisschen laut, ich verstehe gar nichts.

(Glocke)

Den Punkt, warum wir diesen Antrag gestellt haben, das muss man schon noch einmal sagen, das nämlich die kleinen Fraktionen nun hergehen müssen, um einen unerträglichen Zustand, nämlich die Tatsache, dass uns Räumlichkeiten in dieser völlig heruntergekommenen Hauptpost zugewiesen werden sollen, öffentlich machen zu müssen. Wenn es des Instruments einer Pressekonferenz bedarf, dann ist das ein relativ unwürdiges Unterfangen. Das muss ich wirklich in aller Schärfe sagen. Wir haben wirklich keine Lust, permanent zu diesem Mittel zu greifen. Ich denke aber, die beteiligten Fraktionen haben daraus gelernt. Der Antrag NR 23 liegt auf dem Tisch. Das ist im Prinzip das, was wir auslösen wollten. Wir hoffen, der Antrag bekommt eine breite parlamentarische Mehrheit, unsere Stimmen hat er auf jeden Fall.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Schönen Dank! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Oesterling. Bitte!

**Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Vorsitzende!

Es gehört natürlich zu den notwendigen Arbeitsgrundlagen, dass jede Fraktion Fraktionsräume bekommt. Wir sind in der Tat der Auffassung, dass der bisherige Vorschlag, und da denke ich, kann ich für die Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN und F.D.P. sprechen, die den gemeinsamen Antrag gestellt haben und der auch von der FAG unterstützt wird, den neu hinzu kommenden Fraktionen Geschäftsräume im Bereich der Hauptpost zur Verfügung zu stellen, doch nicht sachgemäß ist. Es ist nun einmal so, dass zu einem Fraktionsraum gehört, dass während der Fraktions Sitzung, während der Sitzung hier im Plenum und während Ausschusssitzungen die Möglichkeit bestehen sollte, fußläufig in wenigen Minuten zu einem solchen Ge-